



Medienmitteilung Bern, 13. Dezember 2024

## sgv lehnt die Juso-Erbschaftsinitiative dezidiert ab und begrüsst den Entscheid des Bundesrates

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv begrüsst den ablehnenden Entscheid des Bundesrates zur Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert» und zum Verzicht auf einen Gegenvorschlag. Diese extreme Initiative der Jungsozialisten muss entschieden bekämpft werden. Sie hätte Enteignungen und die Einführung eines Öko-Sozialismus zur Folge.

Die Einführung einer konfiskatorischen Steuer von 50 % auf Erbschaften und Schenkungen über 50 Millionen Franken würde nicht nur unternehmerisches Wachstum ersticken, sondern auch Investitionen und Familienunternehmen aus der Schweiz vertreiben. Zudem verletzt die Initiative die Eigentumsgarantie und gefährdet die Stabilität des föderalistischen Systems.

Die Initiative ignoriert die bisherigen Erfolge der Schweizer Wirtschaft im Klimaschutz. Eine nachhaltige Transformation gelingt nur durch Innovation und freien Wettbewerb – nicht durch massive Steuererhöhungen und staatliche Umverteilung. «Die Initiative der Jungsozialisten würde effizienten Klimaschutz, Innovation und Familienunternehmen zerstören und durch einen Öko-Sozialismus ersetzen. Sie nimmt den Verlust von Arbeitsplätzen in der Schweiz bewusst in Kauf» sagt Urs Furrer, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv.

Der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft fordert deshalb eine klare Absage an diese wachstumsfeindliche Vorlage und setzt sich für positive Rahmenbedingungen ein, die Unternehmertum und Investitionen fördern.

## Weitere Auskünfte

**Fabio Regazzi**, Präsident, Mobile 079 253 12 74 **Urs Furrer**, Direktor, Mobile 079 215 81 30

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.